
Liebe Leserinnen und Leser,

vor rund 11 Monaten begann die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Aktuelle Informationen zur Lage vor Ort findet man unter: <http://news.ippnw.de/index.php?id=79>. Am 1. Jahrestag von Fukushima (11. März) werden bundesweit 6 große Anti-Atomkraft-Demonstrationen stattfinden – sie sind auch hierzulande weiter erforderlich, da ein ernster Atomausstieg noch nicht in Sicht ist. Immer noch sind AKW und Uranfabriken in Betrieb und produzieren Atommüll, immer noch rollen hochgefährliche Atomtransporte kreuz und quer über Straßen und Schienenwege. Und bereits am 11. Februar wird dezentral mit zahlreichen Aktionen bundesweit der Opfer von Fukushima gedacht und gegen die Nutzung der Atomenergie demonstriert. Nähere Informationen dazu und auch zur internationalen Urankonferenz (04.02.) in Münster findet Ihr auf Seite 4.



Wichtige Informationen und gute Diskussionen gab es beim BBU-Klima-Workshop. Auch hierzu, und zu Themen wie die erste Verordnung zur Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie, EEG und Flughafen Berlin-Schönefeld, wird in diesem Newsletter informiert. **Winterliche Grüße von der BBU-Newsletterredaktion!**

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle**BBU: Erschreckende Umwelt-Bilanz für 2011**

Nach Auffassung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist es erschreckend, dass die Interessen der Bevölkerung und des Umweltschutzes auch im Jahr 2011 von der Bundes- und den Landesregierungen oftmals unbeachtet blieben oder gar mit Füßen getreten wurden. Dennoch lassen sich Erfolge im Umweltschutz verbuchen. "Die erfolgte Stilllegung erster Atomkraftwerke ist der starken Anti-Atomkraft-Bewegung zu verdanken. Bis zum richtigen und weltweiten Atomausstieg ist aber weiterhin breites Engagement erforderlich", so der BBU-Vorstand in einer Pressemitteilung über die Arbeit des BBU im Jahr 2011. Und im Jahr 2012 wird sich der BBU noch stärker als bisher für eine ökologisch-orientierte Energiewende und für die Gründung weiterer Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich einsetzen. Dabei will der BBU auch zukünftig zur Vernetzung von Bürgerinitiativen beitragen, die sich mit ähnlichen Problembereichen befassen. Zur Unterstützung seiner Arbeit ruft der BBU dazu auf, Mitglied im BBU zu werden und das BBU-Spendenkonto wohlwollend mit kleinen und großen Spenden zu berücksichtigen.

2011 konnte der BBU seine internationalen Kontakte im Bereich EEB (Europäisches Umweltbüro, Brüssel) und ECOS (Europäisches Koordinierungsbüro der Umweltverbände für Normung, Brüssel), sowie z. B. zu niederländischen, russischen und französischen Anti-Atomkraft- und Umwelt-Organisationen ausbauen.

Einige Beispiele erfolgreicher BBU-Mitgliedsorganisationen in 2011:

- Die bayerische Bürgerinitiative Schwabmünchen/Hiltenfingen hat den Bau einer Müllverbrennungsanlage verhindert.
- In Zusammenarbeit mit dem BBU-Vorstand konnte die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenluder die Erweiterung der Aufbereitungsanlage für teerpechhaltigen Straßenaufbruch im Heilquellenschutzgebiet von Bad Salzschlirf (Hessen) bisher verhindern.
- Die Aktivitäten einer Bürgerinitiative in Osnabrück führten zur Stilllegung einer Eisengießerei.
- Vielfältige Proteste der Initiativen gegen die drohende unterirdische CO₂-Endlagerung konnten das Vorhaben bisher verhindern.

Wünsche für 2012: Weitere neue BBU-Mitglieder, Spenden und kein neues AKW in den Niederlanden

Trotz der Erfolge gibt es noch eine Menge Arbeit für den BBU. Und so wünscht sich der BBU im neuen Jahr viele neue Mitglieder (Initiativen, Verbände und Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen einbringen. Wo Umweltprobleme durch Großprojekte vorhanden sind, hilft der BBU neuen Initiativen bei der Gründung, bei Genehmigungsverfahren und bei der Pressearbeit. Zur Vernetzung wird auch in 2012 monatlich der BBU-Newsletter erscheinen, in dem Hintergrundinformationen und Aktionstermine veröffentlicht werden. Der Bezug ist kostenlos und ältere Ausgaben können auf der BBU-Internetseite nachgelesen werden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 04.01.2012.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/04.01.12.html>

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE / IHRE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Wer möchte, kann auch bequem online einen beliebigen Betrag an den BBU spenden:

https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578

Kritische Fachdiskussionen zu Energie, Klimawandel und Normung auf BBU/KNU-Workshop geführt

Der BBU/KNU-Workshop „Energie, Klimawandel, Anpassung an den Klimawandel und Normung“ am 19.1.2012 war ein großer Erfolg. Intensiv und auf hohem fachlichem Niveau diskutierten die Anwesenden neue Konzepte wie Desertec, Fracking und Energieerzeugung durch Biomasse. Valentin Hollain (Eurosolar) kritisierte Desertec. Solarstrom erzeugt in Nordafrika und nach Europa über zentralistische Versorgungskonzepte transportiert sei zu teuer und ineffizient. Jörn Krüger (BI Gegen Gasbohren Nordwalde) forderte ein Verbot von Fracking, da die Technologie zu gefährlich sei.

Mögliche Lösungsoptionen für das Klima wie die Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus den Emissionen von Kohlekraftwerken und die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen für die Energieerzeugung sind von Jürgen Rochlitz (BBU) und Martha Mertens (BUND) als zu gefährlich kritisiert worden. Regeln und Strategien für die notwendigen Anpassungen an den bereits nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel stellten Roland Fendler und Andreas Vetter vom Umweltbundesamt sowie Barbara Köllner vom LANUV NRW vor. Eine Orientierung für die Auswahl und Produktion klimafreundlicher Produkte soll die neue ISO-Norm „Carbon Footprint for Products“ bieten, die Ulla Weiß (BBU) vorstellte. Den Überblick über weitere Normen, die zur Vermeidung und zur Anpassung an den Klimawandel beitragen können, präsentierten Reiner Hager (DIN) und Karl-Heinz Topp (DKE). Abschließend fasste Oliver Kalusch (BBU) die Anforderungen an die Normung zur Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel zusammen.



Dabei sprach er auch kritische Aspekte bezüglich der Arbeit der Umweltverbände selbst im Bereich Normung an. Alle Vorträge und der Abschlussbericht des Workshops werden umgehend auf der BBU-Homepage veröffentlicht.
Ursula Weiß (Vorstandsmitglied im BBU)

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

BBU lehnt nationalen Entwurf des Gesetzes und der 1. Verordnung zur Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie ab.

Auf deutliche Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) stoßen der Entwurf des Gesetzes und der 1. Verordnung der Bundesregierung zur Umsetzung der europäischen Richtlinie über Industrieemissionen. Diese Kritik wird der BBU auf der heute stattfindenden Anhörung im Bundes-Umweltministerium in Bonn vortragen. Der BBU fordert eine grundlegende Überarbeitung der Entwürfe.

Das der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetz zugrunde liegende Konzept garantiert kein hohes Niveau der Begrenzung von Emissionen. Vielmehr stellt es in wesentlichen Teilen einen Rückschritt dar. So sollen zukünftig nicht die europaweit besten Anlagen als Referenzanlagen herangezogen werden, um Emissionsgrenzwerte festzulegen. Stattdessen sollen Grenzwerte festgelegt werden, die den von der EU maximal tolerierten Emissionen entsprechen. Hinzu kommen Ausnahmeregelungen, bei deren Anwendung selbst diese Grenzwerte außer Kraft gesetzt werden können. „Damit gibt die Bundesregierung faktisch den Anspruch auf, dass Anlagen nach dem Stand der Technik errichtet werden müssen.“ kritisiert Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

„Auch hinsichtlich der Öffentlichkeitsbeteiligung bleiben die Entwürfe defizitär“, ergänzt Ursula Weiß vom BBU-Vorstand, die die Stellungnahme des BBU auf der Anhörung vorstellen wird. „Wir verlangen, dass in jedem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren alle Antragsunterlagen ins Internet gestellt werden. Anträge, Genehmigungsbescheide und sonstige relevante Unterlagen müssen für die Bevölkerung ständig über das Internet verfügbar sein. Die Öffentlichkeit muss sich jederzeit ein Bild von den Umweltbelastungen machen können, die von diesen Anlagen ausgehen.“

Die vorgelegten Entwürfe zur Berücksichtigung von Betrieben, die der Störfall-Verordnung unterliegen, hält der BBU für dringend überarbeitungsbedürftig. Oliver Kalusch, der auch Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit ist, erklärt hierzu: „Von Störfallanlagen gehen erhebliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt aus. Daher fordern wir, dass alle relevanten Anlagen eines Betriebsbereichs der Genehmigungspflicht nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unterliegen. Solche Genehmigungen müssen ausnahmslos in Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erteilt werden. Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Regelungen werden diesen Ansprüchen an Sicherheit und Transparenz nicht gerecht.“

Der BBU fordert die Bundesregierung daher auf, umfassende Korrekturen am Entwurf des Gesetzes und der 1. Verordnung zur Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie vorzunehmen.

Informationen zu den Referentenentwürfen findet man im Internet unter

<http://www.bmu.de/luftreinhaltung/downloads/doc/48058.php>.

Pressemitteilung des BBU vom 16.01.2012

Atomindustrie

Klage gegen die 2. SAG für KWO eingereicht!

Am 24. Oktober 2011 wurde vom baden-württembergischen Umweltministerium die zweite von gegenwärtig insgesamt vier geplanten Genehmigungen zu Stilllegung und Abbau (SAG) des Atomkraftwerks Obrigheim (KWO) erteilt. Der sofortige Vollzug wurde angeordnet. Vier Klägerinnen und Kläger aus der unmittelbaren Umgebung des AKW haben mit Unterstützung des Aktions-Bündnisses Atommüll-Lager Obrigheim gegen diese Genehmigung Klage beim VGH Mannheim eingereicht. Wir kritisieren vor allem, dass

- zur 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung (SAG) trotz der offensichtlichen Mängel im ersten Genehmigungsverfahren keine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde,
- sich die Brennelemente in der Anlage befinden und, ohne konkrete Festlegungen zum weiteren Umgang mit ihnen, parallel der Abbau von wichtigen Systemen bzw. Komponenten erfolgen soll und
- keine ausreichende Analyse von Stör- bzw. Unfällen durchgeführt wurde.

Unter der alten CDU/FDP-Landesregierung fand zur 1. Genehmigung im Jahre 2006 eine Öffentlichkeitsbeteiligung statt, jedoch waren die ausgelegten Unterlagen so mangelhaft, dass selbst die Reaktorsicherheitskommission ebenso wie das Bundesumweltministerium in ihrer damaligen Stellungnahme deutlich umfangreichere Vorlagen und Nachbesserungen für die Beurteilung der weiteren Genehmigungsschritte verlangten.

Die jetzt erteilte SAG sehen wir als Zumutung für die Bevölkerung an, da sie eine Reihe von Unklarheiten und Mängeln enthält und damit der Betreiberin EnBW beim Abbau und beim Umgang mit dem Atommüll in weiten Teilen freie Hand lässt.

Wir können und wollen das nicht so stehen lassen, zumal es sich um das erste Stilllegungsverfahren eines Atomkraftwerks in Baden-Württemberg handelt. Mit der Klage vor dem VGH Mannheim wollen wir unsere Forderungen nach Öffentlichkeitsbeteiligung und Erhöhung der Sicherheit durchsetzen.

Für Rückfragen können Sie sich wenden an: antiatom-obrigheim@t-online.de.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des Aktionsbündnis Atommüll-Lager Obrigheim vom 4. Januar 2012. Das Aktionsbündnis ist Mitglied im BBU. Weitere Informationen unter www.atommuell-obrigheim.de. Mehr zum Thema auch unter www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/baden-wuerttemberg/artikel,-Demontage-des-Atomkraftwerks-in-Obrigheim-laeuft-arid,159684.html.

Ghana will bis 2020 ein Atomkraftwerk in Betrieb nehmen

Mehr dazu unter

[http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=21246&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=bf284c569b](http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=21246&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=bf284c569b),
http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1066849.

Pläne für AKW Borssele 2 endgültig aufgeben!

Der BBU begrüßt die Entscheidung des niederländischen Energieunternehmens Delta, die Pläne zum Bau des Atomkraftwerks Borssele 2 zunächst für zwei bis drei Jahre auf Eis zu legen. Erst vor rund zwei Wochen hatte der BBU über 1500 Einsprüche gegen den Bau eines weiteren Atomkraftwerks in den Niederlanden bei den zuständigen niederländischen Genehmigungsbehörden eingereicht. Laut BBU ist der Aufschub "ein wichtiger Teilerfolg", doch der Aufschub reicht dem BBU nicht aus. "Die Proteste gegen ein neues Atomkraftwerk in Borssele, nur rund 200 km von der deutsch-niederländischen Grenze entfernt, müssen fortgesetzt werden, bis die Pläne endgültig vom Tisch sind", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Mit großer Sorge sieht der BBU auch den Weiterbetrieb des fast 40 Jahre alten Atomreaktors in Borssele. Das derzeit einzige niederländische in Betrieb befindliche Atomkraftwerk soll noch rund 20 Jahre gefährlichen Atomstrom und Unmengen an Atommüll produzieren. Der BBU fordert grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen - in der Bundesrepublik, in den Niederlanden und anderswo!

Der BBU ist Mitglied im COMITÉ 'BORSSELE II, NEE' www.borssele2nee.nl.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 24.01.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/24.01.12.html>

Schluss mit Gorleben – eine Minimalforderung

BI warnt vor Schnellschüssen und fordert umfassende Atommülldebatte

Der niedersächsische Ministerpräsident will Brücken bauen zwischen der Forderung "Gorleben raus aus dem Topf, jetzt!" und einem Suchverfahren, das allein auf Gorleben hinauslaufe. Das hatte er vergangene Woche bei einem Treffen mit dem CDU-Kreisverband Lüchow-Dannenberg betont. David McAllister (CDU) setzt sich auch für einen Neustart der Endlagersuche ein, doch was er für eine Maximalforderung hält, ist für die Gorleben-Gegner eine Minimalforderung. "Alle großen deutschen Umweltverbände fordern wie wir unabhängig von der Ausgestaltung eines Endlagersuchgesetzes, dass mindestens eines klar sein muss, Gorleben geht gar nicht mehr, der Standort gehört vom Tisch. Wir plädieren nämlich für ein wissenschaftsbasiertes und nicht für ein wissenschaftsorientiertes Verfahren", hält die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) McAllister vor. Wenn seinem Parteifreund, Bundesumweltminister Norbert Röttgen, ein wissenschaftsorientiertes Verfahren, bei dem die geologischen Ausschlusskriterien nicht die entscheidende Rolle spielen, reiche, würden wieder sachfremde Überlegungen eine Rolle spielen. "Beispielsweise, wie viel Geld in Gorleben bereits unnütz ausgegeben wurde", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Die BI bedauert, dass McAllister bei seinem ersten Besuch im Wendland nicht das Gespräch mit Gegnern des Projekts gesucht hat. "Wir hätten auch gern erklärt, wie wichtig eine dem Suchverfahren vorgeschaltete umfassende Atommülldebatte ist, zumal nicht einmal geklärt ist, welche Arten von Atommüll in dieses neue Lager neben dem Schacht Konrad verbracht werden sollen. Wir können nur vor neuen Schnellschüssen warnen", heißt es seitens der BI.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 30.01.2012. Die BI gehört dem BBU an. weitere Infos unter www.bi-luechow-dannenberg.de.

Kein Uranabbau rund um den Grand Canyon

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1067462.

Atomkraftgegner: Großaktionen gegen Uranindustrie! „Urananreicherungsanlage Gronau schließen!“

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Münster haben Umweltverbände und Anti-Atomkraft-Initiativen für die kommenden Wochen zwei Großaktionen gegen die international relevante Uranindustrie in Deutschland angekündigt. Ganz besonders im Visier sind dabei die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementefertigung in Lingen sowie die zahllosen Urantransporte von und zu den beiden Atomanlagen.

1. Am jetzigen Samstag, 4. Februar, findet ab 10 Uhr am Institut für Soziologie, Scharnhorststr. 121, in Münster eine Internationale Urankonferenz mit TeilnehmerInnen aus mehreren europäischen Ländern statt. Im Fokus stehen dabei neben der Urananreicherung und der Brennelementefertigung auch der weltweite Uranabbau und der Einsatz von Uranmunition: www.urankonferenz2012.de

2. Am 11. März beginnt am 1. Fukushima-Jahrestag im Rahmen eines internationalen Protesttags um 13 Uhr am Bahnhof in Gronau eine Großdemonstration zur Urananreicherungsanlage Gronau: www.fukushima-jahrestag.de

Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt Gronau und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz forderte von der Bundesregierung sowie von den Landesregierungen NRW und Niedersachsen die sofortige Stilllegung der Atomanlagen in Gronau und Lingen: „Wer in Deutschland aus der Atomenergie aussteigen will, darf nicht den Uranbrennstoff für jedes 10. AKW weltweit exportieren. Die Uranreicherung und Brennelementefertigung müssen in Deutschland gestoppt und verboten werden.“ Außerdem prangerte er den Neubau einer Uranmüllhalle in Gronau an.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung mehrerer Initiativen und Verbände (incl. BBU) vom 01.02.2012. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202012/01.02.12.html>.



Bundesweite Anti-Atomkraft-Proteste am 11. Februar 2012

<http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/fukushima-jahrestag/mahnwachen-112.html>

Castor-Transporte stoppen – Autobahnaktionstag am 25. Februar

(UB) Es gibt weiterhin gute Chancen, dass die Atommüll-Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus gestoppt werden können. Die NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen war am 21. Januar in Oberhausen mit rund 80 Aktiven sehr gut besucht und u. a. wurde der Autobahnaktionstag (25. Februar), der sich auch gegen den drohenden Transport von Plutonium-MOX-Brennelementen zum AKW Grohnde richtet, weiter geplant. Alle AtomkraftgegnerInnen in NRW, Niedersachsen und anderswo finden hier weitere und aktuelle Informationen:

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202012/23.01.12.html>; <http://www.westcastor.de>.

Ein Jahr nach Fukushima – Großdemonstrationen am 11. März

<http://anti-atom-demo.de/start/home>

Konferenz "Uran, Gesundheit und Umwelt" in Mali

(UB) Vom 16. bis 18. März findet in Mamako (Mali) die Konferenz "Uran, Gesundheit und Umwelt" statt. Hintergründe für die Konferenz sind u. a. drohender Uranabbau in Mali, siehe: www.falea21.org. Bei Rückfragen oder für weitere Details bitte an Gunter Wippel, gunterwippel@aol.com oder an das IPPNW-Sekretariat in der Schweiz, Frau Claudia Bürgler, sekretariat@ippnw.ch, wenden. Das Organisationskomitee bittet darum, interessierte Initiativen und Personen auf die Konferenz hinzuweisen.

CO2-Endlagerung

Infotour gegen CO2-Endlagerung

Die Bürgerinitiativen gegen die CO2-Verpressung in Ostbrandenburg veranstalten am Sonnabend, den 4. Februar 2012, eine Informationstour entlang der geplanten Route des „BRINE“-Projektes. Weitere Informationen zur Informationstour und zum Stand der CCS-Planungen findet man unter

http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_1270_19146.php.

Energiepolitik

BBU fordert in einem offenen Brief von Röttgen: Stopp der Zerstörung des einzigartigen umweltpolitischen Erfolgsmodells EEG

In einem offenen Brief an Umweltminister Norbert Röttgen hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gefordert, endlich auch von Seiten der Bundesregierung, speziell des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums, sinnvolle, d.h. nachhaltige und weitreichende Schritte, für eine konsequente Energiewende zu unternehmen.

Aus der Sicht des BBU fordert dazu das geschäftsführende Vorstandsmitglied Prof. Dr. Jürgen Rochlitz die unverzügliche Einstellung sämtlicher Maßnahmen (Deckelung der Einspeisevergütung; „atmender Deckel“; deren weitere ständige Reduktion) zum Zerstören des weltweit einzigartigen, umweltpolitischen Erfolgsmodells, des Erneuerbare-Energien-Gesetz' (EEG). „Das bisherige Ergebnis haben Sie im Osten Deutschlands direkt vor Augen: den Niedergang einer blühenden Industriebranche, der Solarindustrie“ so Rochlitz wörtlich.

Für den von Röttgen vorgelegten sogenannten Masterplan der Energiewende gehören schließlich noch folgende wesentliche Punkte, die schnellstens einer Korrektur bedürfen, was der BBU ausdrücklich von Minister Röttgen fordert:

- Die Bevorzugung von ausgedehnten, großen Offshore-Windparks mit einem 5 Mrd. € Finanzierungspaket begünstigt die einschlägigen Großkonzerne und benachteiligt die landesweit und damit dezentral mögliche Windkraftanlagen im Land.
- Auch die Möglichkeit, Regenerativ-Strom über die Trassen des Bahnstroms zu verteilen und parallel dazu – schon lange überfällige – Elektrifizierungsmaßnahmen an Bahnstrecken oder gar Reaktivierung von Bahnstrecken mit Stromtrassen vorzunehmen, sollte unmittelbar angegangen werden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 31.01.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/31.01.12.html>



Akzeptanzforschung

(UB) Schon bei der Planung der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau, und auch bei anderen Großvorhaben, spielte in den 70er Jahren die Akzeptanzforschung eine große Rolle. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Kürzlich hat ein Workshop zur Akzeptanzforschung stattgefunden. Eine Pressemitteilung der Veranstalter kann hier nachgelesen werden: <http://www.die-news.de/include.php?path=content/articles.php&contentid=144786>

Gewässerschutz

30 Jahre VSR-Gewässerschutz

Der neue Rundbrief der BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz kann hier gelesen werden:

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Rundbrief+VSR+01+2012.pdf>.

Landwirtschaftspolitik

Wir haben es satt!

Unter diesem Motto demonstrierten am 21. Januar in Berlin 23.000 Menschen für eine neue Agrarpolitik. Zur Teilnahme an der Demonstration hatte auch der BBU aufgerufen. Weitere Informationen unter www.wir-haben-es-satt.de

und

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/21.01.12.html>.



Solarenergie

EUROSOLAR schreibt den Deutschen und Europäischen Solarpreis 2012 aus

Bonn, 02. Februar 2012 - EUROSOLAR e.V. vergibt in diesem Jahr zum 19. Mal den Deutschen und den Europäischen Solarpreis für herausragende und innovative Leistungen bei der Verbreitung und Anwendung Erneuerbarer Energien. Bewerbungen und Vorschläge werden bis 30. Juni 2012 entgegengenommen. Die Übergabe der Preise erfolgt Ende des Jahres bei einer festlichen Veranstaltung.

Die Solarpreise werden seit 1994 an Gemeinden, kommunale Unternehmen, Vereine oder Gemeinschaften, private Personen sowie an Organisationen vergeben, die sich um die Nutzung Erneuerbarer Energien besonders verdient gemacht haben.

In zwei weiteren Kategorien werden außerdem mit Plaketten ausgezeichnet:

- Eigentümer oder Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien
- Schulen und Bildungseinrichtungen

Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren, ein Online-Anmeldeformular sowie Präsentationen der bisherigen Preisträger finden Sie unter www.eurosolar.org.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung von Eurosolar vom 02.02.2012.

Stuttgart 21

Baumbesetzer gegen S21 bleiben oben

Zur Unterstützung des Widerstandes gegen das Bahn- und Immobilienprojekt Stuttgart 21 halten ROBIN WOOD-AktivistInnen bis auf weiteres fünf alte Bäume im Mittleren Schlossgarten besetzt. Sie fordern, den Abriss des denkmalgeschützten Bahnhofs sofort zu stoppen sowie auf den Neubau des unterirdischen Bahnhofs und damit zusammenhängende Baumfällungen zu verzichten.

Die besetzten Bäume liegen gegenüber vom Südflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs, dessen Abriss bereits Anfang dieser Woche begann, obwohl er im planmäßigen Bauablauf der Bahn erst für August 2012 vorgesehen war. In der Krone einer über 150 Jahre alten Platane, etwa 50 Meter von der Baustelle für das Grundwassermanagement entfernt, haben die ROBIN WOOD-AktivistInnen bereits im November vergangenen Jahres ein Baumhaus gebaut. Drei weitere jahrhundertealte Platanen und eine Schwarzpappel in der Nähe haben sie mit Plattformen ausgestattet. Dort harren sie trotz eisiger Kälte seit Monaten aus, um sie vor der Fällung zu bewahren.

ROBIN WOOD hält – auch nach Schlichtung, Stresstest und Volksabstimmung – öffentlichkeitswirksame Protestaktionen gegen den sinnlosen, milliardenteuren Abbau von Bahninfrastruktur für legitim und notwendig.

Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil die Bahn den Stresstest nur aufgrund systematischer Manipulation bestanden hat.

Aktuelles und Infos zur Vorgeschichte unter: <http://www.robinwood.de/s21> und im ROBIN WOOD-blog unter <http://www.robinwood.de/tag/s21>. Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung vom 02.02.2012 von ROBIN WOOD, einer Mitgliedsorganisation des BBU.

Verkehrspolitik

Verkehrsnewsletter

Im Newsletter vom 17. Januar 2012 des FUSS e.V. (Fachverband Fußverkehr Deutschland) und des UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt geht es u. a. um Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in allen europäischen Städten und um die "Rückgewinnung der Gehwege". Zu den weiteren Themen zählen der nächste BUVKO, ein Straßenbau-Moratorium in Deutschland und die dramatische Zunahme der Fußgängerunfälle. Zur Planung des BUVKO heißt es im Newsletter: Vom 15. bis 17. März 20*13* wird der inzwischen 19. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO) an der TU Berlin stattfinden. Partner an der TU sind das Zentrum Technik und Gesellschaft, das Institut für Stadt- und Regionalforschung sowie das VerkehrswesenSeminar. Im Verbändebereich konnten wir bislang den BUND Berlin, die Grüne Liga und die Vereinigung für Stadt-, Raum- und Landesplanung SRL als Kooperationspartner gewinnen. Der bisherige Arbeitstitel lautet "Städte in Zukunft: grün + mobil". Wir danken dem Umweltbundesamt und dem Bundesumweltministerium für die Förderung!

Kontakt info@buvko.de. Bei Interesse am BUVKO im Allgemeinen und den Ergebnissen des letzten Kongresses gehen Sie bitte auf http://www.buvko.de/?pk_campaign=NL-Januar-2012-BUVKO-Berlin. Weitere Informationen unter <http://www.fuss-ev.de> und <http://www.umkehr.de>. FUSS e. V. und UMKEHR e. V. sind im BBU organisiert.

BBU fordert erneut ein Nachtflugverbot und die Reduzierung der Anzahl der Flüge in Berlin-Schönefeld

Nachdem nun die umstrittenen Flugrouten für den Flughafen Berlin-Schönefeld vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung weitgehend übernommen wurden, wird es darum gehen, inwieweit nachträglich die Forderungen des Umweltbundesamtes (UBA) und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) Leipzig zum Nachtflugverbot umgesetzt werden.

Das UBA hatte nicht nur ein echtes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr gefordert, sondern auch Flugrouten, die sowohl den Wannsee als auch den Müggelsee aussparen. Begründet wurde dies nicht nur mit den gesundheitlichen Lärmbelastungen, sondern auch mit dem massiven Vertrauensverlust in der Bevölkerung durch das nach dem Planfeststellungsbeschluss geänderte Routenkonzept.

Der BBU kann sich der UBA-Position und dessen grundsätzlicher Kritik am Standort Schönefeld vollinhaltlich anschließen.

Im Gegensatz zum UBA hatte das BVerwG offensichtlich nicht die Gesundheitsinteressen der Bürger im Sinn, als es ein striktes Nachtflugverbot verwarf.

„Mit dem Urteil wird der Rechtsstaat ausgehöhlt und verwandelt in einen Staat, der ökonomische Interessen schützt aber nicht mehr die Gesundheitsinteressen seiner Bürger,“ meinte das bei Berlin wohnende Mitglied des geschäftsführenden BBU-Vorstands, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 30.01.2012.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/30.01.12.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 1/ 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.02.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.